



Nichts fürchtet dieses System mehr als das Aufbegehren der deutschen Jugend. Darum wollen die Herrschenden die HDJ verbieten.

Seite 2



Im Gespräch mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski über parlamentarische Initiativen gegen das größte soziale Verbrechen: Hartz IV.

Seite 3



Leere Klassenzimmer aufgrund fehlender Lehrer. Dieses Szenario ist dank verfehlter Bildungspolitik der Herrschenden bittere Realität.

Seite 4

Ausgabe 4 / 2008

Der Ordnungsruf

Hier sprechen wir!

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern

www.npd-fraktion-mv.de



Udo Pastörs, MdL

Europa der Nationen

Wer nimmt in diesem Land nicht alles das Wort Europa in den Mund? Aber sprechen diese Leute dann wirklich von Europa oder lediglich vom künstlichen Gebilde EU, das die Völker mit Bürokratie und Verordnungen schikaniert? Soll das Europa sein? Eine gigantische Umverteilungsmaschinerie, in die man oben, meist aus deutscher Tasche, Geld reinschmeißt und die unten, wo die Bürger vor Ort mit Massenarbeitslosigkeit und dem Sterben der Regionen konfrontiert sind, nur noch etwas Handgeld auswirft?

Ich bin der Meinung, daß Europa mehr ist als das, was uns die Systempolitiker auftischen. Europa ist vielgestaltig durch seine Völker und Kulturen. Und nur in seiner Vielgestaltigkeit hat es jenen Wert entfaltet, der für die ganze Welt prägend war.

Um sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, übernahm ich gern die Schirmherrschaft einer Tagung der Kontinent-Europa-Stiftung des schwedischen Unternehmers Patrik Brinkmann. Im Zeichen Rußlands diskutierten hochrangige europäische Nationalisten über die Frage nach der Zukunft dieses Kontinents. Wir waren uns einig, daß dieses Europa nur unter Einfluß Rußlands bestehen kann. Wir waren uns auch darin einig, daß die Völker Europas sich gegen die Gleichschaltung durch den Kapitalismus wehren müssen. Nur dann haben wir eine Zukunft. **Für uns Nationale ist Europa nicht nur Lippenbekenntnis, sondern Auftrag.**

Nationale Identität statt Multikulti

Kein Tag vergeht, an dem nicht auch in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Penetranz ohnegleichen die Multikulturelle Gesellschaft beschworen wird. Das Dogma der Stunde ist die Behauptung, daß die Einschmelzung der deutschen Kultur in eine Mischkultur unbedingt notwendig sei. Ob es Deutsche gibt oder nicht, ob wir zu Fremden im eigenen Land werden, das interessiert die regierenden Politiker nicht.

Der Interims-Bürgermeister von Schwerin orakelte beispielsweise erst neulich, daß Integration eine Daueraufgabe sei. Kein Wunder, wenn man liest, was uns der Mann zumuten will: „Wir brauchen angesichts der demographischen Entwicklung aber noch mehr Zuwanderer in Schwerin, egal ob aus Baden-Württemberg oder aus Togo.“

Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag forderte deshalb die Vertreter der Systemparteien zu einem Politikwechsel auf. Statt einen Multi-Kulti-Extremismus weiterzutreiben, müsse man sich lieber darum bemühen, die nationale Identität der Deutschen zu bewahren.

► **Im Antrag der NPD-Fraktion heißt es: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich alle Programme und Zuwendungen zur Förderung der multikulturellen Gesellschaft einzustellen. Die frei werdenden Mittel sind für Maßnahmen zur Bewahrung der nationalen Identität zu verwenden.“**

Diese Identität der Deutschen wird in zunehmendem Maße zerstört, denn die Fremden, die nach Deutschland kommen, bringen auch ihre

eigene Kultur mit sich, ihre Sprache und Religion, ihre Sitten und Umgangsformen.

Wir wissen aus allen europäischen Ländern: Trotz größten finanziellen Aufwandes, eine Integration zu erzielen, bilden Einwanderer in der Regel geschlossene Ghettos, die gleichzeitig als Brückenköpfe für neue Einwanderung dienen. In diesen Ghettos bilden sich Parallelgesellschaften, die Angst und Gewalt ausstrahlen. Die Systempolitik weiß das, zieht aber keine Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen.

► **Der NPD-Landtagsabgeordnete Stefan Köster plädierte in seinem Debattebeitrag leidenschaftlich dafür, daß man die politischen Voraussetzungen im Asylrecht durch die Streichung des weltweit einzigartigen Asylparagrafen**



Stefan Köster plädierte im Landtag für die Bewahrung der nationalen Identität

ändern müsse, um das Steuer noch einmal herumzureißen. Gerade weil in Mecklenburg-Vorpommern der Ausländeranteil noch nicht so hoch sei wie etwa in den westdeutschen

Großstädten, gebe es noch Zeit zum Handeln.

Das sahen die Vertreter der Parteien des Systems anders und lehnten den Vorschlag ab.

EU-Wahnsinn zerstört deutsches Handwerk

Unsere Küstenfischer vor dem Aus

Im Jahre 1990 gingen in Mecklenburg und Pommern noch 6.242 Küstenfischer ihrer Arbeit nach. Die raubtierkapitalistische Logik des EU-BRD-Systems führte auch in diesem Zweig einen massiven Rückgang herbei. Ganze 396 Haupterwerbsfischwirte sind übrig geblieben. Ihr karges Einkommen ringen die deutschen Seeleute den stetig schwindenden Fischbeständen an der Ostseeküste ab. Hinzu kommt, daß die EU-Kommission jährlich eine bestimmte Fangmenge vorgibt, die absolut bindend ist und einem Korsett gleicht.

Die NPD identifiziert sich ohne Wenn und Aber mit den deutschen Fischern. Des-

halb brachte die NPD-Landtagsfraktion einen Antrag unter dem Titel „Deutsche

Ostseefischerei sichern“ mit der Drucksachennummer 5/1792 ein, um für die noch



Der Fraktionsvorsitzende U. Pastörs im Gespräch mit einem Fischer

verbliebenen Fischer, deren Angestellte und ihre Familien im Land einen Beitrag zur Existenzsicherung zu leisten.

Jenseits von Oder und Neiße kümmern sich polnische Fischer hingegen nicht um von der EU verordnete Fangquoten – insbesondere um das von Brüssel verhängte Fangverbot für Ostseedorsch, das erst am Jahresende ausläuft. In einem Antrag vom 17.10.2007 mit der Drucksache 5/933 („Piratenfischerei polnischer Fangflotten in der Ostsee verurteilen – EU-Auflagen durchsetzen“) haben die Nationalen schon damals eine konsequente Abstrafung von Überschreitungen der Quote gefordert.

Den Rechtschaffenden nimmt man, den Plünderern gibt man!

Das Gegenteil trat ein: Die EU-Kommission erhöhte die ab 2009 geltende Fangquote für polnische und baltische Fischer um 15 Prozent;

hingegen kürzte sie die der deutschen Seeleute um 15 Prozent. Die polnische Fischerei wird damit trotz Übertretung der Fischfangquote von der EU nicht sanktioniert, sondern auf Kosten der deutschen Fischerei noch belohnt.

Eine Verschärfung erfährt die Situation durch die enorme Teuerung im Treibstoffbereich: Im Vorjahresvergleich sind die Kosten für Diesel fast um das Doppelte – von 36 Cent je Liter auf nunmehr 70 Cent je Liter! – gestiegen. Fischer und mittelständische Fischfangbetriebe müssen nunmehr abwägen, ob es sich angesichts gestiegener Fixkosten überhaupt noch lohnt, dem klassischen Berufsfischfang nachzugehen.

Das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern bald ohne einheimische Fischer? Wenn es nach dem Willen der Blockparteien geht: Ja! Denn sie stimmten bei beiden Anträgen der NPD alleinstimmig mit Nein.

NPD fordert:



Der 17. Juni sollte ein offizieller Feiertag werden

Hinter dem Gesetzentwurf der NPD-Fraktion, den 17. Juni zu einem offiziellen Feiertag zu machen, stand das Bestreben, den Freiheitswillen unseres Volkes ins Bewußtsein zu heben.

Im Antrag heißt es: „55 Jahre nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sind nur noch wenigen Menschen die Geschehnisse in der damaligen DDR bekannt. Wie kaum ein anderes Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte wird der historische Wert des Geschehens um den 17. Juni 1953 verkannt. Was verursachte den 17. Juni 1953 und welche Folgen hatten die Ereignisse? Wir wollen freie Menschen sein! forderten Hunderttausende am 17. Juni 1953 in der DDR und kämpften für ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung und gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung. Die be-

rechtigten Proteste gegen die herrschenden Zustände wurden von den Sowjettruppen und den DDR-Sicherheitsorganen brutal niedergeschlagen.

Die Beweggründe und Opfer der Frauen und Männer des Volksaufstandes vor 55 Jahren, der mit Streiks der Arbeiter auf Großbaustellen in Ost-Berlin gegen Normerhöhungen begann und in einem Blutausch der roten Diktatur endete, müssen wir uns immer wieder ins Gedächtnis rufen. Bis heute ist unklar, wie viele Tote der kommunistische Gewaltausbruch wirklich gefordert hat und wie viel Leid und Ungerechtigkeit Demonstranten und deren Angehörigen zugefügt wurde.

Angesichts der bedeutsamen und vorbildlichen Haltung der Frauen und Männer des 17. Juni 1953 soll dieser

Tag zukünftig dem Gedenken für das Streben nach Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit dienen und an die gewaltsame Niederschlagung dieses Aufstandes erinnern.“

Diesen Gesetzentwurf lehnte der „demokratischen Block“ natürlich ab. Freiheit führt er zwar stets im Mund, gemeint ist aber die

Freiheit des Kapitals, nicht die Freiheit unseres Volkes. Selbstbestimmung kennen die Spekulanten und ihre Steigbügelhalter nicht, denn es bestimmt nicht das Volk, sondern der Börsenkurs das Geschehen. Soziale Gerechtigkeit ist zu einer Phrase verkommen, im Zeitalter von Diätenerhöhung und gleichzeitigen Kürzungen im Sozialbereich.



Volksherrschaft

Was haben Schröder (Niedersachsen), Lafontaine (Saarland), Milbradt (Sachsen), Teufel (Baden-Württemberg), Stoiber (Bayern) und jetzt Ringstorff gemeinsam? Ganz einfach: Alle traten während laufender Legislaturperioden zurück, installierten rasch einen Nachfolger und umgingen damit das Prinzip der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie.

Interne Machtübergaben wie diese haben sich in den letzten Jahren zu einer Art Sport der Oberen entwickelt, der letztlich den Willen des Volkes ignoriert. „Dies ist ein klarer Bruch der demokratischen Legitimationkette, welche zu Beginn der Wahlperiode noch gegeben war. Die Bürger können ... im Rahmen der gegenwärtigen Rechtslage lediglich die Abgeordneten des Landtages, nicht aber den Regierungschef wählen“, heißt es dazu in ei-

nem eigens eingebrachten Gesetzentwurf der NPD-Landtagsfraktion. Um hier Abhilfe zu schaffen, unterbreitete sie den Vorschlag, den Ministerpräsidenten von M-V künftig durch das Volk direkt wählen zu lassen.

Verankerung finden sollte die neue Möglichkeit demokratischer Mitwirkung in Artikel 42 der Landesverfassung. Des weiteren sah die NPD-Initiative die Möglichkeit vor, den Ministerpräsidenten durch Volksentscheid abberufen zu können.

Die Blockparteien lehnten den Vorstoß ab. Gegenredner von Storch (CDU) erklärte sogar, die Öffentlichkeit in bestimmten Bereichen nicht haben zu wollen, weil er sich dann beeinflusst fühle. Und so wird dem Volk weiterhin nur die Rolle des zunehmend genervten Zaungastes bleiben.

NPD-Bürgerbüros

Wahlkreisbüro der NPD-Abgeordneten Udo Pastörs und Stefan Köster

Rudolf-Breitscheid-Str. 2
19249 Lübtheen

Tel./Fax: 038855-78851

Sprechtage jeden Donnerstag von 8 - 12 und 14 - 18 Uhr sowie jeden Freitag von 10 - 15 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Michael Andrejewski

Pasewalker Str. 36
17398 Anklam

Tel./Fax: 039724 - 26424

Sprechtage jeden Montag von 10 - 18 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Tino Müller

Wallstraße 27
17373 Ueckermünde

Tel./Fax: 039771-53213

Sprechtage jeden Dienstag von 10 - 18 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Birger Lüssow

Doberaner Straße 48
18057 Rostock

Mozartstraße 8
17192 Waren

Tel.: 0381-1289332
Fax: 0381-1289824

Tel.: 0152-06433545
Fax: 0381-1289824

Sprechtage jeden Freitag von 10-16 Uhr

Sprechtage jeden Montag von 12 - 18 Uhr

Wahlkreisbüro des NPD-Abgeordneten Raimund Borrmann

Hauptstraße 18
18236 Kröpelin

Tel: 038292 / 579499

Sprechtage jeden Donnerstag 14 - 19 Uhr und Freitags nach Vereinbarung

Auszeichnung statt Verbotsgeschrei!

In einer Zeit, in der unserer Jugend vom System Alkohol und Drogen als Ersatz für fehlende Freizeitangebote serviert werden, sind nationale Jugendbewegungen lebensnotwendig.

Eine von ihnen ist die Heilmattreue Deutsche Jugend. In ihr werden Werte vermittelt, wird auf Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Pünktlichkeit geachtet. Im Einklang mit den Naturgesetzen werden Kindern und Jugendlichen Brauchtum und Kultur vermittelt. Auf Wanderungen und in Zeltlagern erleben sie das Gefühl von Gemeinschaft. Sie merken, daß sie gebraucht werden und lassen andere an ihren Fähigkeiten teilhaben. Ein junger Mensch, der einmal das Wagnis HDJ zum Erlebnis werden ließ, fühlt sich sofort zu Hause.

Den Etablierten ist diese Art von Jugendarbeit ein

Dorn im Auge. Weil sie es selber nicht schaffen, unsere Kinder von den Straßen zu holen und ihnen eine sinnvolle Aufgabe zu geben, flüchten sie sich in Verbotsgeschrei. Zeltlager werden gestürmt und durchsucht. Zurück bleiben aufgeschnittene Plüschtiere als trauriger Beweis für ein krankes

System. Verantwortliche der HDJ werden mittels Radikalerläß aus Feuerwehren und Technischem Hilfswerk verbannt, obwohl sie dort teilweise sogar Führungspositionen besetzten.

Die NPD nahm das zum Anlaß, einen Antrag in das selbsternannte „Hohe Haus“

einzubringen. Gefordert wurde, „die Diskriminierung nationaler Jugendarbeit zu beenden“. Tino Müller, selbst Mitglied der HDJ, prangerte die heutigen Zustände in der Jugendarbeit scharf an und zeigte auf, daß Drogen, Multi-Kulti-Entartungen und mittlerweile auch sexuelle Übergriffe keine Seltenheit mehr sind. Unmißverständlich verdeutlichte er, worin die Unterschiede zu den gesunden Zielsetzungen der HDJ bestünden.

Darum forderte Müller zum Abschluß seiner Rede eine offizielle Auszeichnung für die ehrenamtliche Arbeit in der HDJ. **Wenn eine Staatsmacht aus Angst vor einem Aufbegehren der Jugend die Verfolgung Andersdenkender mit den abartigsten Mitteln betreibt, kann es nur oberste Pflicht sein, diesen aufrechten Deutschen zur Seite zu stehen.**



Tino Müller, MdL



Den Volkswillen der Iren achten

Mit einem gleichnamigen Antrag (Drucksache 5/1583) forderte die NPD-Fraktion die Landesregierung am 4. Juli 2008 auf, unverzüglich bei der Bundesregierung und bei der Europäischen Kommission mit Hilfe des Europabüros von Mecklenburg-Vorpommern in Brüssel zu intervenieren.

Erinnern wir uns: Deutlich und entschieden lehnten dieses Jahr am 12. Juni mehr als die Hälfte der Iren den „Vertrag über eine Europäische Verfassung“, besser

bekannt als „Vertrag von Lissabon“, ab, welcher der Einschmelzung der Völker Europas Vorschub leisten soll. Nach den Regeln des Vertragswerks gilt dieses dann als gescheitert, wenn ein Staat in der Europäischen Union ihn die Zustimmung verweigert. Dieser Fall ist nun durch die einzige Volksabstimmung in der EU in Irland Wirklichkeit geworden. Mit 53,1 Prozent Wahlbeteiligung lag der Anteil der Abstimmungsberechtigten, die am Referendum teilnahmen, höher als die Wahlbeteiligung



in der BRD zur Europawahl von 2004 (43 Prozent).

Das entschiedene Nein der Iren zum „Vertrag von Lissabon“ war ein Anfang vom Ende der EU – andere Regierungen von EU-Mitgliedstaaten, die Europas völkische Vielfalt verkennen, mißachten und negieren, sind nunmehr alarmiert.

Ihre Furcht vor Volksabstimmungen zu wesentlichen Problemen war wohl nie so groß wie nach dem irischen „NO“!

Hartz IV ist ein Verbrechen

Im Gespräch mit dem NPD-Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski

Herr Andrejewski, immer wieder ist in den Zeitungen zu lesen, daß Abgeordnete der Alt-Parteien verstärkt Beratungen für ALG-II-Empfänger anbieten. Das Land selbst baut gerade in Pommern ein Netz von entsprechenden Beratungsstellen auf. Aktivitäten wie diese werden sogar von regierungsoffizieller Seite als Reaktion auf die NPD-Basisarbeit bezeichnet. Stimmt das?

Wir sind nach unserem Landtags-Einzug eben beizeiten dazu übergegangen, die Bürgerbüros unserer Abgeordneten für Hartz-IV-Beratungen zu nutzen. Als Opposition können wir zwar nicht selbst regieren, doch ist es möglich, die Regierenden vor sich her zu treiben und das genau in die Richtung, die einem vorschwebt. Es mag auf den ersten Blick etwas übertrieben klingen, aber ohne unsere Initiative wären die Etablierten wohl nicht in 1000 Jahren auf so eine Idee gekommen.

Im Endeffekt bleibt es den Leuten selbst überlassen, an wen sie sich wenden, je nachdem, was eben zeitlich und vor allem vom Fahraufwand her am meisten paßt. Eins hat sich auch hier wieder gezeigt: Die herrschenden Kräfte reagieren nur, wenn sie Angst vor dem Wähler haben und die muß bleiben.

Während einer Rede im Landtag sollen Sie unter Anspielung auf die Zeit

vor 1989 sinngemäß gesagt haben: Früher durften die Leute nicht weg, heute müssen sie. Können Sie die Aussage bitte näher erläutern?

Die Aussage habe ich ziemlich genauso getätigt. Und zwar ist es erschreckend einfach: Menschen, die zum Erreichen des Arbeitsortes sehr weite Wege zurücklegen, also Auspendler aus M-V, haben damit, sobald sie wieder arbeitslos werden, keinen Persilschein erworben.

Paragraph 10(2) Nr. 3 des SGB II bestimmt nämlich: Eine Arbeit ist nicht allein deshalb unzumutbar, weil der jetzt von der Arge möglicherweise angebotene Beschäftigungsort vom Wohnort des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen weiter entfernt ist als ein früherer Beschäftigungs- oder Ausbildungsort. Beispiel: Wer früher als Bewohner des Amtes Wolgast-Land in Papenburg oder Holland gearbeitet hat, muß sich gegebenenfalls nach Südtirol oder China verfrachten lassen.

Haben Sie im Landtag einen entsprechenden Vorstoß dagegen unternommen?

Ja, unsere Fraktion hat auch dazu einen Antrag eingebracht. Der Landtag sollte die Landesregierung beauftragen, eine Bundesrats-Initiative zu ergreifen. Ihr Ziel sollte lauten, den § 10 SGB II so abzuändern, daß das



Verlassen der Heimatregion zur Erlangung eines Arbeitsplatzes als unzumutbar normiert wird. Dann bliebe das Pendeln übrig, das machen ja jetzt schon genug. Doch schalteten die Etablierten auch bei diesem NPD-Vorstoß auf stur.

Wie kann man sich gegen das staatlich geförderte Aussiedlungsprogramm zur Wehr setzen?

Sich auf „sonstige wichtige Gründe“ berufen. Zu nennen ist hier „biographische Entwurzelung“, die vorliegt, wenn der Arbeitsplatz so weit entfernt ist, die Fahrtkosten so hoch und der Lohn so gering, daß die Aufrechterhaltung des Kontakts zum bisherigen, besonders dem familiären Umfeld, unmöglich wird. Man spricht dann

von einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts. Ein weiterer der oben genannten Gründe ist die Erziehungsgefährdung. Sie ist dann gegeben, wenn die Arbeitsaufnahme zur Gefahr für die Erziehung der eigenen Kinder oder der des Lebenspartners wird, wobei auch die Persönlichkeit der Kinder mit hineinspielt. Eine Gefährdung der Pflegeverantwortung ist dann zu bejahen, wenn die Arbeitsaufnahme mit der Pflege eines Angehörigen nicht zu vereinbaren wäre und die Pflege auch auf andere Weise nicht sichergestellt werden kann.

Wichtig bei dem Ganzen: Der Behörde ist zu erklären, daß man sich dem schriftlich oder mündlich erteilten Angebot unter Protest fügt,

sich bewirbt und gleichzeitig Widerspruch einlegt und im Eilverfahren beim Sozialgericht im Sinne eines Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung klagt.

Mittlerweile wird von der herrschenden Politik ein Mangel an jungen Leuten beklagt ...

Es ist schon ein Irrsinn: Einerseits wird gesagt, daß man sich bald um junge Leute balgen wird, die Fachkräfte bereits fehlen, Lehrstellen schon jetzt nicht besetzt werden können. Da werden auch teure Image-Kampagnen für Freiwillige Feuerwehren aufgelegt, wird auch sonst in Sonntagsreden die Stärkung des Ehrenamtes gefordert, das einem aber laut Sozialgesetzwerk gar nichts hilft. Auch dann wird ein Umzug als zumutbar angesehen.

Nahezu zeitgleich gründet das Land eine Internet-Agentur mit dem wohlklingenden Namen „MV4you“, die Leute zur Rücksiedlung animieren soll, nachdem man sie zuvor weggejagt hat.

Auch sonst haben Sie wohl eine Reihe von Ungeheimheiten entdeckt, die sich auf die Sozialgesetzbücher beziehen ...

Richtig, wobei Empfänger von ALG II gegenüber jenen, die Leistungen aus dem SGB XII beziehen, mal bevorteilt, mal benachteiligt werden. Ausgleichende Gerechtigkeit, mag da manch einer abwinken, doch handelt es sich stets um Einzelgeschicksale.

Nehmen wir den Ausdruck „angemessener Hausrat“. Bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sind für Angemessenheit die Lebensumstände während des Bezugs der Leistungen zur Grundsicherung maßgeblich, womit die bisherigen Lebensverhältnisse völlig ausgeblendet werden. So kann es passieren, daß derjenige Teile seines Hausrates verschleudern muß, um zunächst den Ertrag zur Sicherung des Lebensunterhaltes einzusetzen. Und weil der Begriff der Angemessenheit nicht allgemeinverbindlich geregelt ist, entwickelt jede Behörde ihren eigenen.

Wir als Landtagsfraktion fordern unverändert, bei angemessenem Hausrat die bisherigen Lebensverhältnisse zu berücksichtigen. Der Ist-Stand bedeutet eine Ungleichbehandlung gegenüber Empfängern von Leistungen aus dem SGB XII. Diese empfangen wiederum in anderer Hinsicht Benachteiligung, indem ihnen ohne geringsten nachvollziehbaren Grund ein wesentlich geringeres Schonvermögen als ALG-II-Empfängern zugestanden wird. Ergo: Die so genannten Hartz-Reformen sind nicht nur an sich unsinnig, sondern auch dermaßen widersprüchlich, daß da gar kein durchdachtes Konzept dahinterstecken kann.

Wir jedenfalls können ein gutes Gewissen haben: Denn aufgrund unserer vielen Anti-Hartz-Initiativen einerseits und ihrer ständigen Ablehnung durch die Etablierten andererseits merken die Menschen zunehmend, von wem sie Hilfe erwarten können.

Fallstricke im Hartz-IV-Dschungel

Unter der Bezeichnung „SGB II ändern und Mietschulden klar definieren“ brachte die NPD-Fraktion einen Antrag ein, der die Landesregierung zu einer umgehenden Bundesratsinitiative aufforderte. Ziel war, in § 22 Absatz 5 SGB II klarzustellen, daß Betriebskostennachzahlungen keine Mietschulden im Sinne des Gesetzes darstellen. Damit sollte eine Gesetzeslücke geschlossen werden, die häufig genutzt wird, um ALG-II-Empfängern die Hilfeleistung bei Heizkostennachzahlungen zu verweigern.



dung vorliegt. Aus dieser Verpflichtung versuchen sich manche Arbeitsgemeinschaften nun mit einem neuen Trick herauszuwinden. Sie argumentieren, daß in dem Augenblick, in dem der Leistungsempfänger mit der Begleichung der Betriebsko-

stennachzahlung in Verzug geriete, diese nicht mehr zum gegenwärtigen Bedarf im Sinne des § 22 (1) SGB II zu zählen sei. Dafür könne vielleicht ein Darlehen gewährt werden, aber ein Anspruch auf Übernahme wie bei einer Betriebskostenzahlung bestehe nicht.

Solchen Manövern ließe sich ein Riegel verschieben, wenn in § 22 (5) SGB II deutlich zum Ausdruck gebracht würde, daß Betriebskostennachzahlungen keine Mietschulden im Sinne des Gesetzes sind.

Auch dieser Vorstoß der NPD-Fraktion wurde von den „würdigen Vertretern dieses Systems“ abgelehnt. Die Berufspolitiker sind diesbezüglich völlig schmerzfrei, haben sie doch ihre Diäten an die Teuerungsrate gekoppelt.

Von der Elbe bis zum Haff

In diesem Sommer nutzen eine Vielzahl unserer Landesleute die Möglichkeit, sich über die Arbeit, die Ziele und das politische Wollen der NPD-Landtagsfraktion in ungewohnter Art und Weise zu informieren: und zwar ungefiltert, offen und ehrlich – und das vor Ort. Denn auch der eine oder andere Skeptiker konnte schnell feststellen, daß die Aktivitäten der NPD nichts mit dem Zerr- und Lügenbild gemein haben, das die Systempresse immer wieder von der nationalen Opposition zeichnet. Dabei packten auch viele Erholungssuchende aus anderen Bundesländern die Gelegenheit am Schopfe, um sich über die NPD-Landtagsfraktion zu informieren.

Der NPD-Fraktionsbus machte von Juni bis September in jeweils einer anderen Stadt oder einem Dorf unseres Landes Sta-



Tino Müller, MdL am Informationsstand der NPD-Fraktion

tion und baute seinen Informationsstand an belebten Plätzen auf. Stets standen Mitarbeiter und Abgeordnete dem politisch Interessierten im direkten Gespräch zur Verfügung. Die oftmals angekündigte „parteiübergreifende Strategie“ der Blockflöten von CDU bis Linkspartei hat sich hingegen als klassischer Rohrkrepiere erwiesen. So fand sich keiner der wackeren Demokraten an einem der Informationstisch ein, um in den Wettstreit der Argumente zu treten.

Ungeachtet aller politbürokratischen Hürden wurden im Laufe der Busrundfahrt hunderte Gespräche geführt. „Der Ordnungsruf“ konnte tausendfach an den Mann und die Frau gebracht werden und auch andere Informationsmaterialien der Schweriner NPD-Fraktion haben ihre Abnehmer gefunden. Deshalb wird die Mannschaft des Fraktionsbusses auch in Zukunft durchs Land fahren und allen Landsleuten für Fragen zur Verfügung stehen.

Politische Instrumentalisierung beenden

Geschichtsunterricht in Deutschland dient vornehmlich dem Zweck, ein gewünschtes politisches Ergebnis zu erzielen. Insbesondere die jüngste deutsche Vergangenheit wird so in den Schulen politisch instrumentalisiert, damit jede nationale Opposition im Land diskreditiert werden soll.

Die offizielle Lesart: Die Jugendlichen dürften ihr Land nicht lieben – wegen „einzigartiger“ und „offenkundiger“ Verbrechen.

„Offenkundig“ meint: Die Sache ist so klar, daß man nicht nur nicht zu fragen braucht, sondern daß man vor allem nicht nachfragen darf. Wer bestimmte historische Wertungen bezweifelt, muß sogar mit Haftstrafen rechnen.

Das Ergebnis solcher Vorgaben ist ein politisierter Geschichtsunterricht, der die vermeintlichen historischen Tatsachen zu politischen Zwecken mißbraucht. Wo eigentlich das Stiften von Identität im Vordergrund stehen sollte, dominiert nun ein unerträglicher Schuldkult.

Vor diesem Hintergrund ist eine Beendigung dieses Mißbrauchs dringend geboten, fand die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Der NPD-Abgeordnete Raimund Borrmann stellte in der Debatte unbequeme Fragen. Wovor die Inquisitoren Angst hätten, fragte er. Daß die etablierten Nutznießer dieses Mißbrauchs dem Ansinnen nicht zustimmten, verwunderte nur wenig.

Keine Toleranz für Bestechung und Korruption

In so genannten Bananenrepubliken regieren keine staatlich legitimierte Politiker, sondern die Korruption. In der Rangliste korrupter Staaten arbeitet sich Deutschland trauriger Weise stetig nach vorn.

Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag forderte deshalb die Landesregierung auf, ein wirksames Programm zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung zu entwickeln und parteiunabhängige Organisationen wie Transparency Deutschland oder LobbyControl angemessen zu unterstützen. Hierbei sollen auch die kommunalen Gebietskörperschaften einbezogen werden.

Nach Erkenntnissen parteiunabhängiger Organisationen ist das Problem der Korruption auch in Deutschland und so auch in Mecklenburg-Vorpommern vorhanden. Aus einer schleichenden Korruption ergäben sich, so die NPD-Fraktion, sowohl immense volkswirt-

schaftliche Schäden wie ein Verlust von Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie. Es sei deshalb politisch notwendig, hier Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Man könnte meinen, nur wer selbst korrupt ist, könne einen solchen Vorschlag ablehnen. Die Systemparteien jedenfalls scheinen wenigstens Toleranz für Korruption und Bestechung zu haben – denn sie lehnten die Initiative ab.



M-V bald ohne Lehrer?

Spätestens 2003 würde sich in M-V ein Mangel an Lehrkräften bemerkbar machen. So hatten es verschiedene Studien vorausgesagt. Insbesondere für die naturwissenschaftlichen Fächer und generell für Berufs- sowie Grundschulen wurde ein erhebliches Defizit prognostiziert. Nichts wurde getan!



Immer mehr Lehrer sehen in unserem Bundesland für sich keine Zukunft. Anderenorts wird der Beruf nicht nur geachtet, sondern auch dementsprechend vergütet. Der vielbeschworene „kooperative Föderalismus“ (O-Ton des Bildungsministers Tesch, CDU) wurde zum jeweils eigenen Vorteil der einzelnen Bundesländer außer Kraft gesetzt. Dieser Mißstand eines ausufernden Abwerbe-Wettbewerbs ist heute gängige Praxis. Die Kultusministerien machen sich die begehrten Fachkräfte im Bildungssektor gegenseitig abspenstig.

Wirksame Gegenmaßnahmen erfordern Entscheidungsfreudigkeit,

um auch zukünftig der Heranwachsenden und der Studentenschaft genügend Fachlehrer und Pädagogen an die Seite stellen zu können. Deshalb fordert die NPD-Landtagsfraktion in einem Antrag mit der Drucksachennummer 5/1791 (Lehrermangel an öffentlichen Schulen stoppen):

► Qualifizierte Lehrer, die an öffentlichen Schulen mindestens zehn Jahre tätig waren, erhalten automatisch die Option einer Verbeamtung.

► Fehlen sie, so sind unverzüglich berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

► Die momentan teilzeitbeschäftigten Lehrer sind

dadurch beschleunigt in eine vollzeitliche Anstellung zu bringen.

► Dies gilt ebenso für motivierte Quereinsteiger, die gerade in „Mangelfächern“ für den Unterricht gewonnen werden sollen.

► Der Lehrerberuf muß endlich anerkannt und mit Kampagnen im Ansehen aufgewertet werden.

► Unterrichtsmaterial muß auf den aktuellsten Stand gebracht werden.

Die NPD-Fraktion hat mit ihrem Antrag gezeigt, daß nur sie die Verpflichtung ernst nimmt, den kommenden Generationen eine ausreichende Möglichkeit auf qualifizierende Bildung zu sichern.

Bauernnot bedeutet Volkstod

Gerecht handeln – gerecht leben!

Unter diesem Leitspruch stand ein Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, eine Kennzeichnung für Milchprodukte, aber auch für andere Produkte aus der Landwirtschaft einzuführen, die gerecht gehandelt werden. Gemeint ist damit, daß die Molkereien für die Milch einen Preis bezahlen sollen, von dem die Milchbauern auch leben können.

Man sollte meinen, es wäre normal, daß der Bauer seine Produkte zu einem Preis verkaufen kann, mit dem er seine Kosten decken und seinen Lebensunterhalt finanzieren kann. Leider ist dies nicht der Fall. Realität ist es, daß die Preise von den Multis diktiert werden. Große Einzelhandelsketten nutzen ihren Marktanteil, um Druck auf die Einkaufspreise auszuüben.

Um die wenigen Ausnahmen sichtbar zu machen, sollte eine Kennzeichnung eingeführt werden, die auf Produkten aus Mecklenburg und Vorpommern angebracht werden kann, wenn diese gerecht gehandelt wurden. Damit sollte dem Kunden die Wahlmöglichkeit gegeben werden, Produkte zu kaufen, die Arbeitsplätze im Land schaffen und das Überleben der Bauern,

Landwirte und ihrer Familien sichern.

Den Globalisierern des „demokratischen Blocks“ paßte das nicht in den Kram. Sie unterstützen durch ihre Politik des Wegsehens lieber das Bauernsterben.



Ordnungsruf?

Laut Geschäftsordnung „erhalten Landtagsabgeordnete einen Ordnungsruf, wenn sie die Würde und die Ordnung des Hauses verletzen.“ Aber es werden auch unablässig Ausdrücke und Redewendungen willkürlich als „unparlamentarisch“ gerügt. Denn ob ein Abgeordneter die „Würde des Hauses verletzt“, liegt allein im Ermessen des Präsidenten. Und so ernten unsere Abgeordneten für jedes unbequeme Wort einen Ordnungsruf. Doch ehrlich gesagt, den ernten wir gern! Denn wir sind unbestechlich und lassen uns von niemandem den Mund verbieten.

So hielten wir den Namen „Der Ordnungsruf“ für unser Mitteilungsblatt am treffendsten.

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern
V.i.S.d.P.: Udo Pastörs, MdL - Lennéstraße 1, 19053 Schwerin - E.i.S.

INFO-GUTSCHEIN

Name

Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

Fax

ePost

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion. Bitte senden Sie mir ein umfangreiches Materialpaket zu.

Jahrgang

Ich möchte das Mitteilungsblatt „Der Ordnungsruf“ abonnieren.

Bitte senden Sie mir das Themenheft zum Kinderschutz zu.

NPD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern
Schloß, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Tel.: (0385) 525 13 11 Fax: (0385) 525 13 21

Tiefflüge über MV verbieten

Als es um den Antrag der ANPD-Fraktion mit dem Titel „Tiefflieger über Mecklenburg und Vorpommern - Urlaubsland oder Tiefflugzone?“ ging, zeigten die „Demokraten“ im Schweriner Schloß deutlich, daß sie nicht einmal zuhören, geschweige denn lesen können. So verstieg sich Frau Lochner-Borst (CDU) zu der Aussage, daß die Untersagung von Tiefflügen über dem Gebiet von

Mecklenburg und Vorpommern zum Abzug der Fliegerstaffel in Rostock-Laage führen würde.

Dies war aber nicht Zielrichtung des Antrags, denn es sollte kein generelles Flugverbot, sondern ein Verbot von Tiefflügen erreicht werden. Die vermehrten Tiefflüge gerade über bewohntem Gebiet sollten untersagt werden. Solche

Manöver sind für ein Urlaubs- und Gesundheitsland nicht förderlich. Folge für die Gesundheit kann u.a. ein durch Tiefflieger ausgelöstes Lärm- und Knalltrauma sein.

Ein Absturzrisiko bringen Tiefflugmanöver außerdem mit sich. Ungefähr alle 10.000 Flugstunden bohrt sich ein Militärflieger in die Erde. Wenn dabei zivile Opfer zu beklagen sind, überschlagen sich die Offiziellen des Landes mit ihren Beileidsbekundungen. Die NPD-Fraktion aber wollte nicht abwarten, bis die 10.000 Stunden über den Städten und Dörfern von Mecklenburg und Vorpommern ausgezählt sind!

